

Deutsche Geschichte der neuesten Zeit
vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart

Herausgegeben von Martin Broszat,
Wolfgang Benz und Hermann Graml
in Verbindung mit dem Institut für Zeitgeschichte, München

Hermann Graml, geb. 1928 in Miltenberg, ist seit 1953 Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte in München; bis 1994 Chefredakteur der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Veröffentlichungen u. a.: ›Der 9. November 1938. Reichskristallnacht‹ (1953); ›Die deutsche Militäropposition vom Frankreichfeldzug bis zum Sommer 1943‹ (1958); ›Der deutsche Widerstand und die Alliierten‹ (1962); ›Der Fall Oster‹ (1965); ›Die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstands‹ (1966); ›Europa zwischen den Kriegen‹ (1969); ›Die Alliierten und die Teilung Deutschlands‹ (1985); ›Europas Weg in den Krieg. Hitler und die Mächte 1939‹ (1990). Herausgeber u. a. von: ›Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten‹ (1984); zusammen mit Wolfgang Benz u. a.: ›Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert‹ (1976); ›Sommer 1939. Die Großmächte und der europäische Krieg‹ (1979); ›Enzyklopädie des Nationalsozialismus‹ (dtv 33007; 1997).

Hermann Graml

Reichskristallnacht

Antisemitismus und Judenverfolgung
im Dritten Reich

Deutscher Taschenbuch Verlag

Originalausgabe

September 1988

3. Auflage Oktober 1998

© Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG,
München

Umschlaggestaltung: christof berndt & simone fischer

Umschlagfoto: »Reichskristallnacht« (9./10. November 1938),
(© AKG, Berlin)

Gesamtherstellung: C. H. Beck'sche Buchdruckerei,
Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in Germany · ISBN 3-423-04519-1

Inhalt

Das Thema	7
I. November 1938: Reichskristallnacht	9
II. Judenverfolgung im Dritten Reich	
1. Der moderne Antisemitismus in Deutschland	38
Vorgeschichte 39 Entstehung 50 Entwicklung 57 Der	
rassistische Manichäismus 69 Von Eugen Dühring zu	
Adolf Hitler 83	
2. Aufhebung der Emanzipation	108
3. Isolierung	133
4. Enteignung	157
5. Annäherung an Völkermord	181
6. Genozid	204
Dokumente	256
Quellen und Literatur	270
Zeittafel	280
Die Reihe »Deutsche Geschichte der neuesten Zeit«	287
Personenregister	289

In diesem Buch wird der Versuch gemacht, die Geschichte der nationalsozialistischen Judenverfolgung darzustellen. Zwar ist es unmöglich, einen historischen Vorgang angemessen zu behandeln, der schließlich in das 1941 begonnene und bis 1945 fast sechs Millionen Opfer fordernde Vorhaben mündete, alle im deutschen Macht- und Einflußbereich lebenden Juden zu ermorden; die Sprachmittel und Begriffe, die dem Historiker für »normale« Themen zu Gebote stehen, werden hier unzulänglich. Auch kann eine solche Vergangenheit durch Erzählung und Analyse selbstverständlich nicht »bewältigt« werden, sofern unter Bewältigung so etwas wie Tilgung verstanden wird. Dennoch dürfen wir uns die Beschäftigung mit dem Thema nicht ersparen. Die nationalsozialistische Judenverfolgung ist geschehen und infolgedessen ein Teil unserer Geschichte. Ihre Verdrängung wäre eine neue Verfehlung gegen die damals geschundenen und getöteten europäischen Juden wie gegen die heute lebende Judenheit, und die Verdrängung würde außerdem unweigerlich zu neuen Gefährdungen des geistigen wie des emotionalen Zustands unserer Nation führen. Um mit einer Last, wie sie der deutschen Nation von den Machthabern des Dritten Reiches aufgebürdet wurde, wenigstens leben zu können, müssen wir die im politischen Verbrechen gipfelnden Irrtümer und Irrwege zumindest erkannt, die entstandene Schuld zumindest anerkannt haben.

Daher geht es in der hier vorgelegten Darstellung zunächst vor allem darum, die Herkunft der nationalsozialistischen Judenfeindschaft aus den ideologisch-politischen Traditionen des deutschen Nationalismus aufzuhellen und auf dieser Grundlage eine Erklärung für ihr besonderes Wesen wie für ihre besondere Intensität zu finden. Erst der Blick auf spezifische Verwerfungen des deutschen Nationalbewußtseins und der nationalen Bewegung in Deutschland macht begreiflich, wie ein mit der gleichzeitigen Erfolgsgeschichte jüdischer Emanzipation und Assimilation in Deutschland so scharf kontrastierender bössartiger Antisemitismus wachsen, mehr und mehr Anhänger gewinnen und am Ende zum wichtigsten Stück im ideologischen Arsenal der stärksten politischen Kraft im Lande werden konnte, der mit ihrem Führer Adolf Hitler im Jahre 1933 die Regie-

rungsgewalt übernehmenden NS-Bewegung. Dabei war allerdings zu beachten, daß sich Ideologien oder »Weltanschauungen«, wie die Nationalsozialisten selbst sagten, nicht in luftleeren Räumen entfalten. Namentlich im Hinblick auf die Ausbreitung des NS-Antisemitismus galt vielmehr gleiche Aufmerksamkeit der Frage nach dem Gewicht der militärischen Niederlagen, der politischen Umbrüche und der wirtschaftlichen Krisen, die bis 1933 die deutsche Nation – freilich nicht ohne deren kräftige Mitwirkung – erschütterten.

In den anschließenden Kapiteln über die Judenverfolgung selbst mußte im vorgegebenen Rahmen naturgemäß auf viele Details verzichtet werden. In erster Linie sollte hier gezeigt werden, wie NS-Bewegung und NS-Regime, obwohl sie 1933 keineswegs ein ausgearbeitetes Programm für eine judenfeindliche Politik besaßen, durch ihre ideologische Zielgerichtetheit, die nicht einmal einen temporären Verzicht auf die Betätigung von Antisemitismus erlaubte, zu einem Feldzug gegen die deutsche Judenheit getrieben wurde, der auf Grund seiner inneren Entwicklungsgesetze sogar eine gewisse Systematik gewann und von der beruflichen Diskriminierung über die politische Entrechtung bis zur Isolierung und Enteignung der Juden in Deutschland fortschritt. Zu zeigen war ferner, daß zu den Wesenselementen des nationalsozialistischen Antisemitismus die den Nationalsozialisten anfänglich meist selbst nicht bewußte Unfähigkeit gehörte, eine begrenzte Regelung der selbstgeschaffenen »Judenfrage« zu ertragen, also eine Regelung, die mit deutsch-jüdischer Koexistenz verbunden war; kein Maß an Diskriminierung der Juden vermochte eine derartige Koexistenz auf längere Dauer akzeptabel zu machen. Mithin war endlich auch zu zeigen, wie die unerbittliche Logik der Radikalität dieses Antisemitismus schon vor Kriegsbeginn in der NS-Bewegung die Tendenz zur Ermordung der Juden freisetzte und nach Kriegsbeginn den in Theorie und Praxis konsequentesten Antisemiten der NS-Bewegung, Adolf Hitler, dazu brachte, die »Judenpolitik« des nationalsozialistischen Deutschland auch noch über die letzte Hürde zu zwingen, hinter der es nur mehr die mit der Ausrottung der europäischen Judenheit identische »Endlösung der Judenfrage« gab.

Attentat

Am 7. November 1938, knapp sechs Jahre nach Adolf Hitlers Machtergreifung und dem Beginn der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Deutschland, betrat morgens um 9.30 Uhr ein noch sehr junger Mann die deutsche Botschaft in Paris, meldete sich bei einem Amtsgehilfen und verlangte den Botschafter oder einen der Legationssekretäre zu sprechen. Bereits am Eingang des Gebäudes hatte sich der Besucher nach dem Botschafter erkundigt, und zwar bei einem etwas salopp gekleideten, doch überaus soigniert wirkenden Herrn, dem er dort begegnet war; der Herr – es war Missionschef Graf Welczek selbst – hatte aber den naiven Jüngling an den Pförtner verwiesen. Der junge Mann wurde zu dem Gesandtschaftsrat vom Rath geführt, zog, nachdem er ins Zimmer getreten war, sofort einen Revolver und gab mehrere Schüsse auf den am Schreibtisch sitzenden Diplomaten ab, ohne daß ein Wortwechsel vorhergegangen wäre. Danach ließ er sich widerstandslos von den Amtsgehilfen Nagorka und Krüger festnehmen und dem vor der Botschaft postierten französischen Polizisten übergeben¹.

Ernst vom Rath war durch eine Kugel an der Schulter geritzt worden, eine andere hatte die Milz durchschlagen und die Magenwand an zwei Stellen verletzt. Er wurde unverzüglich in ein Krankenhaus gebracht und dort von Professor Baumgartner, einer an der Klinik d'Alma tätigen Kapazität, operiert. Zwar verlief die Operation zufriedenstellend, aber der Zustand des Verwundeten blieb ernst; am Nachmittag des 9. November ist Ernst vom Rath dann gestorben.

Über die Motive des Täters ist damals wie später viel spekuliert worden². Herschel Grünspan, siebzehn Jahre alt, kam aus einer jüdischen Familie polnischer Staatsangehörigkeit, die aber seit April 1911 in Deutschland lebte. Vater Grünspan – in Polen

¹ Hierzu und zu den folgenden Absätzen Helmut Heiber. Der Fall Grünspan. In: VfZ 5 (1957), S. 134ff.

² Neuerdings hat H. Döscher, Reichskristallnacht. Die November-Pogrome 1938. Frankfurt 1988, behauptet, zwischen Grünspan und vom Rath habe eine homosexuelle Beziehung bestanden, und dies habe beim Tatmotiv eine Rolle gespielt. Aber von Indizien für homosexuelle Neigungen vom Raths abgesehen, sind Döschers Behauptungen bislang reine Spekulation.

war der Familienname natürlich Grynszpan geschrieben worden – arbeitete seit 1918 als selbständiger Schneider in Hannover, hatte sich allerdings in den Jahren der großen Wirtschaftskrise, von 1929 bis 1934, mit einem Altwarenhandel mehr schlecht als recht durchgeschlagen und zeitweilig auch von Wohlfahrtsunterstützung leben müssen. Herschel, am 28. März 1921 geboren, war bereits das sechste Kind der Eheleute Sendel und Ryfka Grünspan. In einem Milieu, das von der Welt der Bleichröders, Warburgs und Oppenheims ohnehin sehr weit entfernt war, führte die Weltwirtschaftskrise zu drückender Not. Als sich die wirtschaftlichen Umstände wieder zu bessern begannen, schnitten dann die Anfänge der nationalsozialistischen Judenverfolgung Familien wie den Grünspans die Auswege aus der Not und die Zukunft ab. Jüngere und unruhigere Mitglieder solcher Familien trieb es naturgemäß aus Deutschland fort. Herschel schloß sich in Hannover der zionistischen Mizrachi-Organisation an und ging 1936 – nachdem er im Anschluß an die offensichtlich ungeliebte und 1935 verlassene Volksschule noch ein Jahr lang eine Talmudschule in Frankfurt am Main besucht hatte – zu seinem Onkel Wolff nach Brüssel, danach zu seinem Onkel Abraham Grünspan nach Paris. Freilich fand er weder in Brüssel noch in Paris Boden unter den Füßen oder eine Chance zur Vorbereitung der Auswanderung nach den USA, nach Australien, nach Palästina. Im Europa der dreißiger Jahre, das noch unter den Ausläufern der Wirtschaftskrise litt, boten sich einem aus Deutschland emigrierten jungen Juden, der aus der jüdischen Unterschicht kam und keine verwertbare schulische oder handwerkliche Ausbildung aufzuweisen hatte, kaum Möglichkeiten. Arbeitsplätze waren rar, die Arbeitserlaubnis wurde nur selten erteilt, und der Mangel an Geld wie an Ausbildung machte auch die Fortsetzung der Wanderung zu überseeischen neuen Welten nahezu unmöglich.

Herschel Grünspan war also weder ein nationalsozialistischer Agent provocateur, wie das die kommunistische Presse in Frankreich sogleich behauptete, noch ein Werkzeug des angeblich einen permanenten Krieg gegen alles Deutsche und alle Deutschen führenden Weltjudentums, wie das nicht weniger eifertig die Zeitungen und der Rundfunk im nationalsozialistischen Deutschland verkündeten. Vielmehr litt er einfach unter dem bitteren Schicksal, das die Partei Hitlers, die NSDAP, den Juden in Deutschland schon bis zum Herbst 1938 bereitet hatte. Auf der einen Seite die nationalsozialistische Verfolgung der

Juden und die unentwegte Beschimpfung und Verhöhnung alles Jüdischen in der nationalsozialistischen Propaganda; außerhalb Deutschlands hingegen die nahezu einhellige Verurteilung des NS-Antisemitismus, darunter auch die naturgemäß heftige publizistische Reaktion der jüdischen und nichtjüdischen Emigration aus Deutschland – das schuf eine Atmosphäre, in der auch gewaltsame Gesten des Widerstands und terroristische Racheakte nicht ausbleiben konnten. Zweieinhalb Jahre zuvor, am 4. Februar 1936, hatte David Frankfurter, ein aus Jugoslawien stammender jüdischer Medizinstudent, in Davos Wilhelm Gustloff erschossen, den Leiter der Landesgruppe Schweiz in der Auslandsorganisation der NSDAP. Herschel Grünspan empfand im übrigen seine persönliche Misere – zu einem guten Teil mit Recht – als unmittelbares Resultat der nationalsozialistischen Judenverfolgung.

In den letzten Tagen vor dem Attentat hatte ihn zudem eine dramatische Zuspitzung der Not jener Gruppe der noch in Deutschland lebenden Juden, zu der seine Familie gehörte, besonders getroffen und aufgewühlt; zugleich war seine persönliche Lage fast ausweglos geworden. Ende Oktober waren die Eltern und die beiden noch lebenden Geschwister Herschels von der Geheimen Staatspolizei zur deutsch-polnischen Grenze deportiert worden, zusammen mit rund 17000 Leidensgenossen, allesamt seit langem in Deutschland ansässige Juden polnischer Staatsangehörigkeit. Die Gestapo hatte bei dieser Aktion auf Verlangen des Auswärtigen Amts gehandelt, das wiederum durch Maßnahmen der polnischen Regierung alarmiert worden war, die den seit längerer Zeit im Ausland lebenden polnischen Juden die Staatsangehörigkeit und damit die Möglichkeit der Rückkehr nach Polen zu nehmen drohten. An der Grenze angekommen, mußten die Deportierten einige Tage in erbärmlichen Verhältnissen vegetieren, da ihnen Polen zunächst die Einreise verweigerte, während die deutschen Behörden die Heimkehr in die Heimatorte unterbanden. Am 3. November erhielt Herschel in Paris eine Postkarte, die seine Schwester Beile am 31. Oktober geschrieben hatte, und erfuhr so vom Geschick seiner Familie. Die Nachricht traf ihn mit um so größerer Wucht, als er selbst seit Anfang des Jahres keine gültigen polnischen oder deutschen Papiere mehr besaß und schon seit dem 11. August 1938 die vom 8. Juli stammende und am 15. August wirksam gewordene Ausweisungsverfügung der französischen Behörden in Händen hatte; seit Monaten lebte er also illegal in Frank-

reich, ständig das Los vor Augen, das nun seine Familie tatsächlich getroffen hatte.

Zu allem Überfluß kam es am 6. November zu einem bösen Streit zwischen Herschel und seinem Onkel Abraham. Herschel glaubte sich zum Auszug gezwungen. Mit 320 Franc in der Tasche verließ er die Wohnung des Onkels und mietete sich unter dem Namen Heinrich Halter im Hotel Suez auf dem Boulevard de Strasbourg ein (Übernachtung mit Frühstück 22,50 Franc). Er konnte sich ausrechnen, wann er keinen Sou mehr in der Tasche haben würde. Am nächsten Morgen kaufte er für 245 Franc beim Waffenhändler Carpe einen Trommelrevolver samt Patronen und machte sich auf den Weg zur Botschaft des Deutschen Reiches. Wenigstens ein Repräsentant der verhassten und für das Unheil verantwortlichen Nazis sollte fallen.

Anfänge eines Pogroms

Herschel Grünspans Tat fand außerhalb der deutschen Grenzen zwar da und dort Verständnis, aber nirgends Zustimmung. Schließlich handelte es sich um ein Verbrechen, um Mord. Auch war die Welt ruhebedürftig, nachdem Hitlers Versuch, die Tschechoslowakei in Besitz zu nehmen, gerade eine halbjährige Periode nervösester internationaler Spannung verursacht hatte; erst am 30. September 1938 war mit dem Münchner Abkommen, d.h. mit der Auslieferung der sudetendeutschen Gebiete an das nationalsozialistische Deutschland, ein Krieg zwischen dem Dritten Reich und den Westmächten in letzter Minute abgewendet worden. Vor allem aber fragte man sich in den europäischen Ländern, ob nicht das NS-Regime Grünspans Attentat als Vorwand für weitere judenfeindliche Maßnahmen oder Aktionen nehmen werde. Am 9. November schrieb die Londoner »Times«: »Die noch im Dritten Reich verbliebenen 400 000 Juden erwarten heute nacht in Furcht und Angst einen erneuten Angriff auf ihre Rasse, der, sofern der Ton der amtlich gelenkten Presse als Anzeichen gewertet werden kann, an Gewalttätigkeit und Roheit jeden während der vergangenen fünf Jahre stattgefundenen übertreffen wird.« In der Tat hatten etliche nationalsozialistische Führer, namentlich Joseph Goebbels, der für die Presselenkung zuständige Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, die Schüsse Grünspans mit der gleichen begeisterten Empörung begrüßt, mit der sie 1933 auf

den Brand des Reichstags reagiert hatten, weil er den Ausbau der NS-Diktatur so offensichtlich erleichterte, und mit der gleichen düsteren Befriedigung, mit der sie im Juli 1944 das Attentat des Grafen Stauffenberg quittieren sollten, weil es Gelegenheit bot, die alten deutschen Führungsschichten zur Ader zu lassen³. Der ›Völkische Beobachter‹, das offizielle Zentralorgan der NSDAP, schlug den Grundakkord an, als er am 8. November mit der ersten Meldung über den Pariser Vorfall einen Leitartikel brachte, in dem sich folgende Sätze fanden: »Es ist klar, daß das deutsche Volk aus dieser neuen Tat seine Folgerungen ziehen wird. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß in unseren Grenzen Hunderttausende von Juden noch ganze Ladenstraßen beherrschen, Vergnügungsstätten bevölkern und als ›ausländische‹ Hausbesitzer das Geld deutscher Mieter einstecken, während ihre Rassegenossen draußen zum Krieg gegen Deutschland auffordern und deutsche Beamte niederschießen. Die Linie von David Frankfurter zu Herschel Grynszpan ist klar gezeichnet ... Die Schüsse in der Deutschen Botschaft in Paris werden ... den Beginn einer neuen deutschen Haltung in der Judenfrage bedeuten ...«

Solche Sätze sind an solchem Ort sicherlich nicht ohne Wissen und Billigung des Propagandaministers gedruckt worden. Hier sprach Goebbels selbst. Zwar gab er mit dem Leitartikel weder der herrschenden Partei, der NSDAP, noch irgendeinem Organ der staatlichen Verwaltung den verschleierte Befehl zu einem Pogrom, doch muß er sich bewußt gewesen sein, daß der Artikel und die im gleichen Tenor gehaltene reichsweite Pressekampagne in allen Teilen Deutschlands einzelne jüdenfeindliche Aktionen nicht nur möglich oder wahrscheinlich, sondern gewiß machten. Die Worte waren kräftig genug, um da und dort radikale niedere Funktionäre einer antisemitischen Partei wie der NSDAP in Bewegung zu setzen, zumal die Propagandalinie das Gefühl vermittelte, bei gewaltsamem Vorgehen im Sinne der Parteiführung zu handeln und später von ihr gedeckt zu werden. Allenthalben zeigen die Vorfälle am Abend des 8. November das gleiche Schema: Versammlung am Abend mit Hetzrede des Ortsgruppenleiters, der zumeist auch Bürgermeister

³ Zu Auslösung, Durchführung und Ablauf des Pogroms: Hermann Graml, Der 9. November 1938. »Reichskristallnacht«. 6. Aufl. Bonn 1958; Lionel Kochan, Pogrom. 10. November 1938. London 1957; Wolfgang Benz, Der Rückfall in die Barbarei. Bericht über den Pogrom. In: Walter H. Pehle (Hrsg.), Der Judenpogrom 1938. Frankfurt 1988, S. 13 ff.

war; im Anschluß daran wurde die Synagoge angezündet oder demoliert, wurden jüdische Geschäfte und Wohnungen zerstört und geplündert, oft auch schon einzelne Juden mißhandelt. Die Rädelsführerschaft der örtlichen Parteigrößen steht außer Zweifel, doch ist ebenso klar, daß nirgends Weisungen höherer Stellen vorlagen. Als die Ereignisse nach 1945 vor Gericht verhandelt wurden, hat sich denn auch keiner der angeklagten Politischen Leiter darauf berufen, er habe auf Befehl gehandelt. Sie suchten sich nur mit der Behauptung zu verteidigen, die Ausschreitungen seien nicht von ihnen inszeniert worden, sondern »spontan« entstanden.

Generell trifft das keineswegs zu, doch hat sich an den Pogromen des 8. November die nicht in der NSDAP organisierte Bevölkerung tatsächlich in nicht unerheblichem Maße beteiligt. Dabei ist allerdings nicht mehr zu unterscheiden, wie stark antisemitische Impulse wirkten, die Grünspans Attentat ausgelöst hatte, und wie stark reine Randalierfreude, eine gerade in einer strikt reglementierten Gesellschaft gelegentlich durchbrechende Lust am Tumult. In einigen wenigen Orten waren freilich die Aktivitäten der NS-Organisationen und die Massenaktion so ineinander verflochten, daß von einer Urheberschaft der Partei kaum mehr gesprochen werden kann. Ob es sich aber, wie meist, um Einzelaktionen vorprellender örtlicher Parteiführer oder um jene seltenen Zwischenfälle handelte, die sowohl der Partei wie der aufgestörten Bevölkerung zugeschrieben werden müssen – stets lieferte den Zündstoff die Hetze von Presse und Rundfunk, im Grunde also die Stimmungsmache der obersten Parteileitung.

Der 9. November brachte neue Züge ins Bild. Vereinzelt tauchten in Dörfern und kleinen Städten Ortsfremde auf, die sich an die lokalen Parteifunktionäre und SA-Führer wandten und sie zum Vorgehen gegen die Juden anzustiften suchten. So erzählte am Abend des 9. November der Bürgermeister und Ortsgruppenleiter von Schupbach bei Limburg seinem Polizeiwachtmeister, es sei »jemand« dagewesen und habe »Krach gemacht«, weil in Schupbach noch nichts gegen die Juden unternommen worden sei; wer der »Jemand« war, konnte nicht mehr festgestellt werden. In anderen Fällen operierten ortsfremde Provokateure an den lokalen Dienststellen der NSDAP oder ihrer Gliederungen vorbei und stifteten selbst Pogrome an. So geschah es in Münzenberg bei Gießen, wo die Fahrer eines Regierungsautos aus Darmstadt und eines Autos vom Landrats-

amt Friedberg durch wüste antisemitische Hetzreden während des Marktes die Masse zum Sturm auf die Synagoge aufputschten.

Noch immer lagen keine bestimmten Weisungen der obersten Parteiführung vor. Die Haltung der von der Propaganda mobilisierten Provokateure aus dem mittleren und unteren Parteiapparat wurde gleichwohl im Laufe des Tages fester, und sie legten allmählich die Neigung ab, bei allem Radikalismus ängstlich nach oben zu schielen. Die Akteure versuchten, andere zum Mitmachen zu bewegen und die bislang nicht verknüpften Aktionen zu koordinieren. Die Befehle wurden, ohne daß vorgeetzte Stellen eingegriffen hätten, schärfer und entschiedener. Am 8. November waren die zum Pogrom Aufgerufenen bei den Synagogen und jüdischen Geschäften einfach so erschienen, wie sie zu der vorhergegangenen Versammlung gekommen waren: die einen in Uniform, andere in Zivil. Am 9. wurden Uniformträger meist wieder nach Hause geschickt, um Zivilkleidung anzuziehen. Hatte es am Vortag oft noch eine gewisse Freiwilligkeit gegeben, so wurde jetzt eindeutig befohlen. Die Politischen Leiter – unter diesem Begriff verstand man die Funktionäre der NSDAP – setzten sich nun, mit Parteigenossen und SA-Leuten zu kleinen Stoßtrupps zusammengefaßt, klar umrissene Aufgaben, wogegen am 8. die Anweisungen der Initiatoren häufig verhältnismäßig vage geblieben waren. »Unsichere Kantontenisten«, d.h. Parteigenossen oder SA-Leute, die zögerten, sich derartigen Stoßtrupps anzuschließen, wurden unter Druck gesetzt und ermahnt, sich nationalsozialistisch zu verhalten. Gelegentlich, wie in Groß-Zimmern bei Darmstadt, verdichtete sich die Ermahnung bereits zu massiver Drohung. War am 8. noch gar keine Trennung der nationalsozialistischen Gliederungen zu beobachten, so begannen sich am 9. November Partei, NS-Kraftfahrkorps (NSKK) und Hitlerjugend (HJ) nicht selten, nach gemeinsamer Instruktion, zu scheiden. Ausgangspunkt der einzelnen Pogrome blieb aber die Versammlung. Überall fanden ja zur Erinnerung an den gescheiterten Hitlerputsch vom 9. November 1923 Kundgebungen statt. Nur in wenigen Fällen, so in Beienheim bei Gießen, vereinfachte sich die Reihenfolge »Versammlung – Hetze – Befehl – Pogrom«. Versammlung und Hetzrede fielen fort, an ihre Stelle rückte der bare Befehl. Zunächst kam das allerdings nur bei SA-Formationen vor, wo diese Art des Vorgehens durch die militärische Organisation begünstigt wurde.

Generell gilt, daß sich die Ausschreitungen des 8. wie des 9. November ausschließlich in Gemeinden ereigneten, in denen die Ortsgruppe der NSDAP oder die lokale SA-Einheit seit Jahren von einem besonders radikalen Antisemiten geführt wurde. Daß solche Funktionäre am ehesten dazu neigten, auf Herschel Grünsplans Attentat und auf die antreiberische Hetze von Presse und Rundfunk mit einem eigenmächtig inszenierten kleinen Pogrom zu reagieren, liegt auf der Hand, und offenbar war die von ihnen jahrelang betriebene judenfeindliche Agitation auch nicht ohne Einfluß auf die Untergebenen geblieben. Bei der SA wiederum spielte der Zeitpunkt eine große Rolle: Der 9. November war ja als Gedenktag des Putschversuchs von 1923 der Erinnerung an die »Kampfzeit«, d.h. an die Jahre der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen vor 1933, gewidmet.

Alljährlich wurde an diesem Tag in feierlichen Zeremonien der harte und kriegerrische »SA-Geist« jener Zeit beschworen und eine Stimmung geschaffen, ein Gemisch aus Protzerei, nostalgischer Sentimentalität und subjektiv aufrichtig empfundener Traditionsbildung, das die Tendenz zur Gewalttätigkeit durchaus förderte. Da die SA seit 1934 erheblich an politischem Gewicht verloren hatte, konnte in vielen alten Kämpfern um so leichter der Wunsch geweckt werden, die Bedeutung und die Freizügigkeit der »Kampfzeit« wiederaufleben zu lassen. In solcher Stimmung war es vielen SA-Leuten sehr recht, gegen den jüdischen »Feind« losgelassen zu werden.

Bis zum Abend des 9. November war es also, ohne daß die oberste oder auch nur die mittlere Führung der Partei gehandelt hätten und verantwortlich zu zeichnen brauchten, in einigen Teilen Deutschlands zu Pogromen gegen jüdische Bürger gekommen, scheinbar spontan und doch nicht wirklich als Demonstration des »Volkes«. Immerhin hatten die beharrliche Hetze der vergangenen Jahre, die Intensität der Propaganda am 8. wie am 9. November und die Gunst der Stunde da und dort den Apparat der NSDAP und ihrer Gliederungen in Bewegung gesetzt, ohne daß es eines Befehls von oben bedurft hätte. Freilich mußten derartige Selbstentzündungen des Judenhasses auf Einzelfälle in kleineren Gemeinden beschränkt bleiben, wo es lokalen Funktionären der NS-Bewegung gelungen war, über die bloße Leitung hinaus Einfluß zu gewinnen. Der obersten Führung wäre jetzt noch immer die Möglichkeit geblieben, sich zu distanzieren oder doch dem Spuk ein Ende zu machen.

Die Auslösung der reichsweiten Aktion

Wie alljährlich wurde am 9. November in München der 1923 von der Polizei zusammengeschossene Marsch zur Feldherrnhalle symbolisch wiederholt. Alles, was im Dritten Reich Rang und Namen hatte, war zu diesem Ereignis, das die Zeremonienmeister des Regimes inzwischen zu einer der größten nationalsozialistischen Selbstdarstellungen stilisiert hatten, in die bayrische Hauptstadt gekommen. Für die weitere Verwirklichung des Plans, den Joseph Goebbels offensichtlich ausgebrütet hatte, schuf eine solche Konzentration der NS-Führerschaft eine einzigartige Gelegenheit. Am Abend des 9. November traf sich die »Alte Garde« der NS-Bewegung zu einem Kameradschaftsabend im Alten Rathausaal. Auch Hitler war anwesend. Kurz nach dem Essen, etwa um 21 Uhr, erschien ein Bote und teilte dem »Führer« flüsternd mit, der Gesandtschaftsrat vom Rath sei seinen Verletzungen erlegen. Hitler sprach daraufhin eine Weile sehr eindringlich mit dem neben ihm sitzenden Goebbels, jedoch so leise, daß auch die unmittelbaren Nachbarn den Inhalt des Gesprächs nicht verstehen konnten. Anschließend kehrte er in seine Münchner Wohnung zurück, ohne zu den Anwesenden gesprochen zu haben, wie es in den Vorjahren üblich gewesen war.

Kurze Zeit nach Hitlers Aufbruch, etwa um 22 Uhr, erhob sich Goebbels, gab den Tod Raths bekannt und hielt eine wüste antisemitische Hetzrede, in der er auch erwähnte, in Kurhessen und Magdeburg-Anhalt sei es bereits zu spontanen Vergeltungsaktionen des Volkes gekommen, und überall im Reich seien weitere Ausbrüche des Volkszorns zu erwarten. Die Partei habe, wie vom Führer entschieden worden sei, solche Aktionen zwar nicht zu organisieren, aber dort, wo sie spontan entstünden, auch nicht zu behindern. Goebbels schilderte dabei die Vorgänge so wohlwollend, formulierte die ihretwegen der Partei zu gebenden Anordnungen so geschickt, hetzte so böseartig gegen die Juden und sprach so leidenschaftlich von Vergeltung, daß keiner der versammelten Führer von Partei und SA im Zweifel darüber sein konnte, was von ihm erwartet wurde. Ein Bericht, den das Oberste Parteigericht später dem zweiten Mann im NS-System, Hermann Göring, über den Gang der Dinge am 9. und 10. November erstattete, stellte unzweideutig fest: »Die mündlich gegebenen Anweisungen des Reichspropagandaleiters sind wohl von sämtlichen anwesenden Parteifüh-

rern so verstanden worden, daß die Partei nicht nach außen als Urheber der Demonstrationen in Erscheinung tritt, sie in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte.«

Das Vorspiel des 8. und 9. November erfüllte jetzt in der Rede Goebbels' seinen eigentlichen Sinn und Zweck: der Hinweis auf die bereits erfolgten Ausschreitungen bezeichnete im Zusammenhang der Hetzrede die Richtung des gewünschten Handelns. Hatte sich zuvor Propaganda in Aktion umgesetzt, so wurde diese Aktion nun wieder propagandistisch ausgewertet, um zu neuer Aktion anzureizen. Goebbels hatte seine Rede wohl kaum erst an Ort und Stelle konzipiert, zumal er die Wechselwirkung von Worten und Taten ja selbst in Gang gebracht hatte. Die Rede war offensichtlich Teil eines wohlberechneten Planes, den jene Mischung aus blinder und brutaler Emotionalität mit kaltem Kalkül hervorgebracht hatte und prägte, die das Wesen der NS-Bewegung ausmachte und für alle ihre Aktivitäten charakteristisch war. Nächste Hitler war der Reichspropagandaleiter und Propagandaminister in der Tat der berufene Interpret dieses von Trieb und Taktik bestimmten Geistes.

Nur Hitler selbst hätte Goebbels die Rolle abnehmen können, die er in jenen Tagen spielte. Hitler schob aber im entscheidenden Augenblick die Verantwortung seinem Propagandachef zu. Keinesfalls ist der »Führer« von Goebbels überrumpelt und vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Seine Mitwirkung steht außer Zweifel. Sollte er über den Plan zum großen Pogrom vorher nicht im einzelnen unterrichtet gewesen sein, so wurde er doch spätestens auf dem Kameradschaftsabend, also vor der Goebbels-Rede, zum Mitwisser und damit zum eigentlich Verantwortlichen. Sein eifriges Zwiegespräch mit Goebbels, das die Nachricht vom Tode Raths ausgelöst hatte, kann keinen anderen Gegenstand gehabt haben als eben die geplante Aktion. Nachdem Hitler den Alten Rathaussaal verlassen hatte, gab er nämlich, ohne vorher noch einmal mit Goebbels zusammengetroffen zu sein, gegen 12 Uhr nachts dem Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei Heinrich Himmler Instruktionen, die auf genauer Kenntnis des Plans beruhten. Er muß also während des Gesprächs mit seinem Propagandachef das Vorgehen erörtert, die letzten Entscheidungen getroffen und Goebbels in der Führung der Aktion bestätigt haben. Selbst trat er so weit in den Hintergrund, daß er als Staatsoberhaupt nicht als Urheber des Pogroms identifiziert werden konnte. Auch be-

hielt er so die Möglichkeit, vor Paladinen wie Himmler und Göring, die den Pogrom aus taktischen Gründen mißbilligten, Goebbels zum Sündenbock und zur Zielscheibe ihres Ärgers zu machen. Das hat er auch erreicht. Himmler diktierte noch in der gleichen Nacht: »... ich vermute, daß Goebbels in seinem mir schon lange aufgefallenen Machtbestreben und in seiner Hohlköpfigkeit gerade jetzt in der außenpolitisch schwersten Zeit diese Aktion gestartet hat.«

Hitlers Zurückhaltung gehörte im übrigen auch zu der Fiktion einer »spontanen« Antwort der Bevölkerung auf Grünspons Attentat. Wenn der Pogrom nicht sogleich als organisierte Aktion der Partei entlarvt werden sollte, durfte bei der Parteiaktion, die den Volkszorn vorzutäuschen hatte, zumindest kein Führerbefehl nachweisbar sein. Jedenfalls mußte es den Eindruck der Spontaneität verstärken, wenn der Chef der Bewegung, mit absoluter Befehlsgewalt ausgestattet, nicht ein einziges lautes Wort gesagt hatte, das die Ausschreitungen hätte auslösen oder fördern können. In den eigenen Reihen genügte es ja, wenn statt des klaren: »Der Führer befiehlt es!« ein minder klares, wenig faßbares, doch ebenso mitreißendes: »Der Führer will es!« die mittleren und unteren Funktionäre erreichte.

Diesem Konzept suchte Goebbels auch mit seiner eigenen Rede zu dienen, die weder einen Führerbefehl noch überhaupt einen Befehl enthielt. Die Rede war vielmehr ein Appell, der mit ähnlicher Suggestion zu wirken suchte wie die Pressekampagne des 8. und 9. November. Allerdings hatte es Goebbels jetzt leichter, da er sich in München nicht auf dem Umweg über die Presse an eine anonyme Masse von Funktionären wenden mußte, sondern den Appell unmittelbar an die vor ihm sitzende Führerschaft der NS-Bewegung richten konnte. Im Alten Rathausaal fiel es dem Propagandachef nicht schwer, bei der hier versammelten »Alten Garde« den Willen zur sofortigen Aktion aus ideologischer Überzeugung – wobei es sich in diesem Falle bloß um ein Feindbild handelte – zu mobilisieren und mit gleichem Effekt die persönliche Bindung eines jeden einzelnen »Gefolgsmannes« an seinen »Führer«, d.h. im Augenblick die Bereitschaft zur spontanen Erfüllung der offenkundigen Wünsche des »Führers«, zu aktivieren.

Nachdem Goebbels geendet hatte, löste sich der Kameradschaftsabend auf. Die hohen Führer machten sich sogleich daran, den nachgeordneten Dienststellen ihrer Organisationen Weisungen im Sinne der eben gehörten Rede zu geben. Aller-

dings fielen die Weisungen doch unterschiedlich eindeutig und bindend aus.

Am schnellsten reagierte die NSDAP. Auf sie wirkte die Rede ihres Reichspropagandaleiters unmittelbar verpflichtend; auch war keine Zwischeninstanz eingeschaltet. Gauleiter und Gaupropagandaleiter stürzten zum nächsten Telefon, riefen die heimischen Dienststellen an und suchten dort jemand zu erreichen, der den Apparat in Bewegung setzen konnte. Ab 22.30 Uhr wurden die Stäbe der Gaue aufgestört, von denen dann die Anweisungen an die Kreisleiter gehen sollten, von den Kreisleitern an die Ortsgruppen. Dem telefonischen Weg allein mißtraute Goebbels, außerdem wollte er den bestimmenden Einfluß seiner Propagandaämter gesichert wissen. Daher folgte den fernmündlichen Weisungen der Parteiführer um 1.40 Uhr ein Fernschreiben des Reichspropagandaleiters an die Gaupropagandaämter, in dem die Rede Goebbels' sinngemäß zusammengefaßt war. Die Propagandaämter durften sich nun bevollmächtigt fühlen, die Aktionen der Partei und ihrer Gliederungen zu koordinieren.

Etwas anders verliefen die Dinge bei der SA. Viktor Lutze, der Stabschef, sammelte die Führer der SA-Gruppen noch im Rathaussaal, unmittelbar nach der Rede des Reichspropagandaleiters, und gab dem Drang nach, seine SA mit einer eigenen Ansprache zu instruieren. Offensichtlich wollte er dabei dem Beispiel folgen, das Goebbels gegeben hatte. Auch Lutze verzichtete also auf einen klaren Befehl und wählte die Form des Appells. Allerdings fehlten ihm Feuer und Formulierungskunst des Propagandachefs. Ferner ist nicht auszuschließen, daß ihm – er war kein Fanatiker und kein Scharfmacher – der bevorstehende Pogrom im Grunde mißfiel. Jedenfalls mischte er in die Sätze, die zu judenfeindlicher Aktivität aufriefen, einige Worte der Kritik an den bereits stattgefundenen Ausschreitungen, und am Ende hatte er eine Rede gehalten, die ebenso als Anweisung zur Beteiligung der SA am Pogrom wie als Anweisung zur Passivität verstanden werden konnte. Indes machte keiner der Gruppenführer von der Ausweichmöglichkeit, die Lutzes Ansprache bot, Gebrauch. Sie fuhren in ihr Quartier (Hotel »Rheinischer Hof«), und alle gaben eindeutige Befehle an ihre heimischen Dienststellen durch. Diese Telefonate fanden zwischen 23 und 24 Uhr statt. Von den Gruppenstäben liefen die Weisungen über die Brigaden zu den Standarten und wurden dann an die Stürme weitergeleitet.